

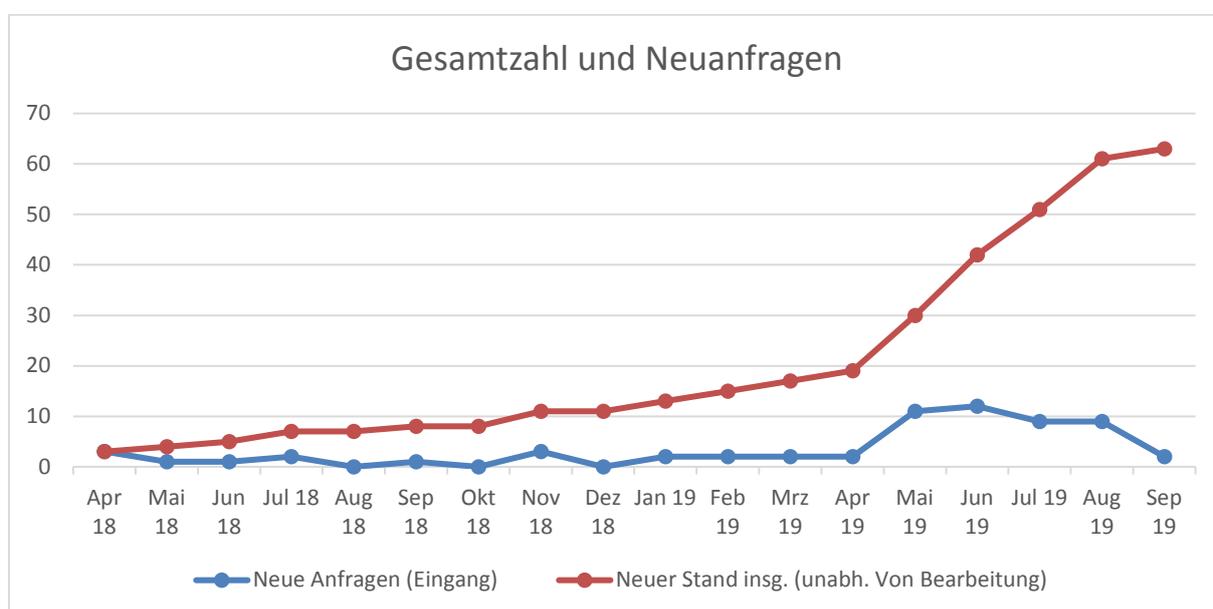
## Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung in Baden- Württemberg 1949-1975

Newsletter 02/2019

### 1. Entwicklung der Anfragen Betroffener

Seit Januar 2019 laufen die Recherchen für Menschen, die in der Nachkriegszeit in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie untergebracht waren. Mit den ermittelten Nachweisen und Akten können Betroffene mit Unterstützung der regionalen Anlaufstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe Leistungen der Stiftung beantragen. Bisher sind im Projekt 63 Anfragen eingegangen. 40 dieser Recherchen konnten bereits erfolgreich abgeschlossen werden, wobei für 17 Betroffene neben den Nachweisen auch Akten ermittelt werden konnten. Beinahe die Hälfte der Betroffenen äußerten Interesse daran, weitere Unterlagen zu bekommen. Annähernd alle Betroffenen, für die wir recherchieren, möchten Leistungen aus der Stiftung Anerkennung und Hilfe beantragen. Nur in wenigen Fällen war bisher ein Nachweis des Aufenthalts nicht möglich oder der Aufenthalt lag außerhalb des Zeitraumes von 1949 bis 1975. Als Herausforderung kristallisiert sich heraus, dass Betroffene häufig den Besuch der Schule nachweisen können, z.B. Schulen für Gehörlose, nicht aber, dass sie in den zugehörigen Internaten gelebt haben. Die stationäre Unterbringung wiederum ist eine Voraussetzung, um Mittel der Stiftung in Anspruch zu nehmen.

Die Hälfte der Anfragen erreicht uns über Anlaufstellen der Stiftung. Mit knapp einem Drittel der Betroffenen oder ihren Angehörigen stehen die Projektmitarbeiterinnen in persönlichem Kontakt. Im Durchschnitt erhält das Projekt derzeit knapp 10 Anfragen pro Monat. Die große Mehrheit derjenigen, für die recherchiert wird, sind gehörlos. Die jüngsten Betroffenen sind in den 1970er Jahren geboren, die ältesten in den 1930er Jahren.



## 2. Informationsveranstaltungen

Um weitere Betroffene zu erreichen und über die Möglichkeiten der Antragsstellung zu informieren, führt das Dokumentationsprojekt in Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe Informationsveranstaltungen durch. Die erste Veranstaltung fand am 18. September 2019 im Stuttgarter Rathaus in Kooperation mit dem Büro der Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt Stuttgart statt.



Knapp 20 Gäste nutzten die Gelegenheit, um sich über das Angebot des Landesarchivs und der Stiftung zu informieren. Stuttgarts Sozialbürgermeisterin Dr. Alexandra Sußmann begrüßte die Gäste im großen Sitzungssaal des Rathauses und sprach von den Erfahrungen derjenigen, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie Leid und Unrecht erlebt haben. Nastasja Pilz stellte das Angebot des Landesarchivs vor, Frank Hapatzky die Arbeit der Stiftung und der regionalen Anlaufstelle. Im Anschluss an die Vorträge ließen sich in einer offenen Fragerunde noch einige Punkte klären. Zum Beispiel, dass die Aktensuche keine notwendige Voraussetzung für eine

Antragstellung bei der Stiftung ist. Einfache Aufenthaltsnachweise reichen stets aus. Von Seiten der Anlaufstelle wurde erläutert, dass die Leistungen auch im Falle einer Privatinsolvenz ausgezahlt werden könnten.

Drei weitere Informationsveranstaltungen sind geplant. Die nächste wird am 30. Oktober um 15 Uhr im Generallandesarchiv in Karlsruhe stattfinden, die darauffolgende am 26. November im Staatsarchiv Sigmaringen.

## 3. Öffentlichkeitsarbeit – Wir bitten um Mithilfe!

Noch immer gibt es viele Menschen, die nicht von der Möglichkeit erfahren haben, Leistungen der Stiftung Anerkennung und Hilfe zu beantragen.

Besonders bei denjenigen Betroffenen, die bis heute Unterstützung benötigen, ist der Informationsbedarf hoch. Daher wenden wir uns heute mit einer Bitte an die Empfängerinnen und Empfänger dieses Newsletters. Sollten Sie Personen oder Stellen kennen, die als Multiplikatoren dienen können – Beratungsstellen, Einrichtungen, Betreuerinnen und Betreuer – leiten Sie gerne unseren Newsletter weiter. Sehr gerne verschicken wir auch unseren Flyer (online unter: <https://www.landesarchiv-bw.de/web/61032>). Bei Interesse wenden Sie sich bitte an [nora.wohlfarth@la-bw.de](mailto:nora.wohlfarth@la-bw.de).

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

## 4. Erste Version des Verzeichnisses baden-württembergischer Einrichtungen online

Kenntnisse über die Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie, die zwischen 1949 und 1975 in Baden-Württemberg existierten, sind unabdingbar. Zum einen für die Ermittlung von Nachweisen und Akten, zum anderen für die Einschätzung, ob Betroffene anspruchsberechtigt sind. Die uns bisher bekannten Einrichtungen finden sich in dem Verzeichnis der stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie für Kinder- und Jugendliche in Baden-Württemberg 1949-1975.

Das Verzeichnis enthält neben Angaben zu der Einrichtung – Name, Ort, Gründung (und Schließung), Trägerschaft – Angaben über die Aktenlage und entsprechende Ansprechpartner. Seit dem 9. August ist eine erste Version des Verzeichnisses unter <https://www.landesarchiv-bw.de/web/64908> zum Download bereit. Das Verzeichnis wird ständig aktualisiert. Mit Rückmeldungen zu dem Verzeichnis wenden Sie sich gerne an [nastasja.pilz@la-bw.de](mailto:nastasja.pilz@la-bw.de) oder [nora.wohlfarth@la-bw.de](mailto:nora.wohlfarth@la-bw.de).

## 5. Literaturhinweise

### 1. Macht und Gewalt – Tabuisierte Realitäten in der Behindertenhilfe

Die im Juli 2019 erschienene Publikation „Macht und Gewalt – Tabuisierte Realitäten in der Behindertenhilfe“ nimmt unmittelbar auf die Einrichtung der Stiftung Anerkennung und Hilfe Bezug. Udo Sierck, lange Redaktionsmitglied der „Krüppelzeitung,“ berichtet engagiert über Erfahrungen von Gewalt und Leid von Menschen mit Behinderung in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie. Das Buch enthält neben einem wissenschaftlichen Teil auch praktische Hinweise zu Beratung und Hilfe. Neben der historischen Darstellung der Behindertenhilfe ab 1945 beschäftigt er sich außerdem mit dem Behindertenbild in der Öffentlichkeit.

Udo Sierck: Macht und Gewalt – Tabuisierte Realitäten in der Behindertenhilfe. Weinheim 2019. 148 Seiten. Preis: 16,95€

### 2. Abschlussbericht Fonds Heimerziehung

Der Abschlussbericht der Lenkungsausschüsse der Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ und „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ ist im August 2019 erschienen. Der Bericht thematisiert die Hintergründe der Einrichtung der beiden Fonds und ihre Durchführung sowie Hinweise auf präventive Maßnahmen in der Jugendhilfe.

Der Bericht ist online verfügbar:

<https://www.bmfsfj.de/blob/137722/36ce82cf91fd7db8dae03a854e93d99a/abschlussbericht-lenkungsausschuesse-der-fonds-heimerziehung-data.pdf>

Stuttgart, 1. Oktober 2019